

# Pressemitteilung DGB-Region Main-Rhön/Schweinfurt



## Ortsverband Bad Kissingen

verantwortlich:  
Frank Firsching,  
Regionsvorsitzender  
Wilh.-Leuschner-Str. 2  
97421 Schweinfurt  
Telefon: 09721/7042-0  
FAX: 09721/ 7042-25  
E-Mail: [schweinfurt@dgb.de](mailto:schweinfurt@dgb.de)  
Homepage: [www.dgb-schweinfurt.de](http://www.dgb-schweinfurt.de)

Montag, 02. Februar 2009

### **DGB Bad Kissingen: Staat fördert Lohndumping mit ca. 2,8 Mio. €/ Jahr allein im Landkreis Bad Kissingen**

Immer mehr Beschäftigte im Landkreis Bad Kissingen verdienen so wenig, dass sie ihren Lohn mit Hartz IV aufstocken müssen. Im Januar 2007 waren es noch 819 Beschäftigte, die Hartz IV beantragen mussten, Mitte 2008 dagegen schon 929 Beschäftigte (+ 13,4%).

Über 190 Arbeitskräfte im Landkreis gehen einer Vollzeitbeschäftigung nach, ohne davon leben zu können. Sie sind arm trotz Arbeit. Hinzu kommen 182 Teilzeitkräfte mit sozialversicherungspflichtigem Job, die mehr als 400 € im Monat verdienen. Auch sie zahlen Sozialbeiträge, ohne von ihrer Arbeit leben zu können. Für die vollzeitnahen Beschäftigten mit Verdiensten von über 800 € muss – nach Berechnungen des DGB - der Armutslohn im Schnitt durch Hartz IV um gut 500 € im Monat aufgestockt werden, damit das gesellschaftliche Existenzminimum sichergestellt werden kann. Allein für diese Niedriglohneempfänger mit Vollzeitjob im Landkreis muss der Staat über Hartz IV monatlich rd. 101 000 € zuschießen. Etwa 136 000 Euro im Monat müssen noch einmal für die sozialversicherten Teilzeitkräfte aufgewendet werden. „Insgesamt muss der Staat die Armutslöhne im Landkreis Bad Kissingen monatlich mit rd. 237 000 Euro subventionieren und damit rd. 2,8 Millionen Euro im Jahr aufwenden,“ so Manfred Töpperwien, DGB-Ortsvorsitzender. Die Zahl der Hartz IV-Empfänger mit Minijob sei dabei nicht einmal berücksichtigt.

Der Staat subventioniere insbesondere einzelne Branchen mit hohem Verarmungsrisiko der Erwerbstätigen. Vollzeitbeschäftigte Hartz IV-Empfänger und damit auch die Hartz IV-Leistungen für Erwerbstätige konzentrieren sich auf die Leiharbeitsbranche, das Gastgewerbe sowie das Verkehrsgewerbe. Allein in diesen Branchen arbeitet ein Drittel der erwerbstätigen Hartz IV- Aufstocker.

„Dass der Staat für immer mehr Beschäftigte einen Teil des Lohns übernehmen muss, weil sie zu wenig verdienen, ist ein Skandal“, sagte Töpperwien.

Die Zunahme dieser erwerbstätigen Aufstocker im vergangenen Aufschwung belege, dass einige Unternehmen die Löhne drücken, weil es Hartz IV als Zuzahlung gibt. „Der Druck, jede Arbeit annehmen zu müssen, fördert Lohndumping“, kritisierte der DGB-

Ortsvorsitzende. „In Deutschland haben wir deshalb mittlerweile einen der größten Niedriglohnssektoren in Europa. Das ist ein Armutszeugnis für unser reiches Land.“

Die Gewerkschaften fordern den Mindestlohn von zunächst 7,50 € pro Stunde als unterste Haltelinie gegen Lohndumping. Die Einführung eines Mindestlohnes habe auch in anderen Ländern in Europa keine Jobs vernichtet. Im Gegenteil: „Wenn die Beschäftigten ordentlich bezahlt werden, können sie sich auch mehr leisten und stützen so die Konjunktur“, unterstrich Manfred Töpperwien. Mindestlöhne entlasten den Staat finanziell und schaffen finanzielle Spielräume für andere wichtige gesellschaftliche und bildungspolitische Aufgaben. Ohne eine Ausweitung des Mindestlohns auf andere Branchen drohe sich Armut trotz Erwerbstätigkeit im Konjunkturabschwung noch deutlich zu erhöhen.